SO-01-NEU-978 Wir investieren in Gerechtigkeit (nur neue Zeilennummerierung)

Antragsteller*in: Sven Giegold (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu SO-01-NEU

Von Zeile 977 bis 978 einfügen:
Mittel frei, um die sozial und ökologisch gerechte Modernisierung unseres Landes voranzubringen.

Wir streiten für Politische Gerechtigkeit zur Stärkung unserer Demokratie

Wir erweitern den Grünen Gerechtigkeitsbegriff um die Dimension der Politischen Gerechtigkeit. Sie umfasst für uns gleiche Zugänge zu politischen Entscheidungsprozessen für alle Bürgerinnen und Bürger, denn die politische Gleichheit aller ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Demokratie. Der privilegierte Zugang mächtiger Lobbys zu Entscheidungsträgern steht im krassen Gegensatz zum Gebot dieser Gleichheit. Diejenigen, die bereits über mehr Geld und Macht verfügen, üben regelmäßig einen vergleichsweise größeren Einfluss aus als schwächere Interessen. Wir wollen daher wirtschaftliche und politische Macht stärker voneinander trennen. Dafür streiten wir für stärkere Parlamente und direktere Bürger*innenbeteiligung, die Schaffung von mehr Transparenz und von Hürden für Lobbying und illegitime Einflussnahme. Dies liegt auch im Interesse der allermeisten kleinen und mittleren Unternehmen, denn wo multinationale Unternehmen die Regeln vorschreiben, können kleine Unternehmen nicht erfolgreich sein.

Wir fordern die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters in Bund, Ländern und auf europäischer Ebene. Das bestehende freiwillige europäische Transparenzregister kann Vorbild und Ausgangspunkt sein. Dafür wollen wir mit einem legislativen Fußabdruck transparent machen, welche Interessensvertreter Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess genommen haben. Wir wollen eine Verlängerung der Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder der EU-Kommission und der Bundesregierung sowie für Staatssekretäre auf 3 Jahre und ähnliche Regeln für Führungspersonen in der Verwaltung wie Abteilungsleiter. Während dieser Karenzzeit darf keine Lobbytätigkeit ausgeführt werden. Wir wollen mehr Transparenz über Nebeneinkünfte von Abgeordneten, eine Offenlegungspflicht für welche Klienten Abgeordnete im Nebenjob arbeiten, in Fällen mit politischer Bedeutung auch dort wo das sonst ein Berufsgeheimnis verhindern würde. Solche Regeln für Minister und Abgeordnete müssen unabhängig auf Interessenkonflikte überwacht und mit glaubwürdigen Sanktionen versehen werden. Zusätzlich braucht es ein Verbot der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien auch auf Basis befristeter Verträge sowie der Beauftragung von Kanzleien mit dem Verfassen von Gesetzentwürfen, von denen Mandanten der Kanzlei betroffen sind. Wir setzen uns ein für eine Parteienfinanzierung, die Unabhängigkeit garantiert durch ein Verbot von Spenden juristischer Personen und der Begrenzung von Spenden von natürlichen Personen, eine
Absenkung der Veröffentlichungspflicht von Großspenden und eine Aufschlüsselung nach Gliederungsebenen. Nicht zuletzt brauchen wir eine wirksame Bekämpfung von Korruption durch ein bundesweites Korruptionsregister und den Schutz von Hinweisgeber*innen (Whistleblowern). Der Zugang zu öffentlichen Dokumenten sollte für Bürgerinnen und Bürger so einfach und unkompliziert wie möglich sein. Die öffentliche, online verfügbare Liste aller Dokumente des Europäischen Parlaments sollte vervollständigt werden und kann dann Vorbild sein.

Begründung

-

Weitere Antragsteller*innen

Gerhard Schick (KV Mannheim); Volker Beck (KV Köln); Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Katja Keul (KV Nienburg); Felix Banaszak (KV Duisburg); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Karl Guter (KV Bodenseekreis); Diana Siebert (KV Köln); Friedrich Battenberg (KV Darmstadt-Dieburg); Renate Battenberg (KV Darmstadt-Dieburg); Daniel Köbler (KV Mainz); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Udo Philipp (KV München); Ulrike Gote (KV Bayreuth-Stadt); Dorothee Tams (KV Schleswig-Flensburg); Kay Friedrich (KV Wangen/Allgäu); Matthias Schneider (KV Duisburg)